

**Universität Trier / Politikwissenschaft
und
Europäische Akademie Otzenhausen gmbH**

**Arbeitspapiere zur Europäischen Integration /
Working Papers on European Integration**

Nr. 1 – April 2007

Joachim Schild / Julia Simon

Welches Europa soll es sein?

Europapolitik im französischen
Präsidentschaftswahlkampf

Universität Trier, FB-III / Politikwissenschaft; Universitätsring 15, D-54286 Trier
Europäische Akademie Otzenhausen gmbH, Europahausstraße, D-66620 Otzenhausen

E-mail: schild@uni-trier.de

Joachim Schild / Julia Simon¹: Europapolitik im Präsidentschaftswahlkampf²

Einleitung

Die Beschwörung der französischen Nation und der nationalen Identität avancierte in der Endphase des französischen Präsidentschaftswahlkampfes zum beliebtesten Mittel der Wählermobilisierung – und dies nicht nur wie gewohnt beim Kandidaten der rechtsextremen Front national, Jean-Marie Le Pen. Es waren die beiden Bewerber der linken und rechten Mitte, die den Weg in den zweiten Wahlgang geschafft haben – die Sozialistin Ségolène Royal und der Neogaullist Nicolas Sarkozy – die sich der nationalen Rhetorik verstärkt bedienen. Unter dem Einfluss des linksnationalen Republikaners Jean-Pierre Chevènement empfahl Ségolène Royal ihren Landsleuten, sich eine Nationalflagge zu besorgen und diese am Nationalfeiertag, dem 14. Juli, aus dem Fenster zu hängen und ließ bei Wahlkampfveranstaltungen die Marseillaise intonieren. Zuvor hatte Nicolas Sarkozy die Gründung eines Ministeriums für Einwanderung und nationale Identität angekündigt, um dem Rivalen von der extremen Rechten das Wasser abgraben zu können.

Von der Zukunft der europäischen Integration, vom Platz, den Frankreich im Rahmen der erweiterten Europäischen Union einnehmen möchte, war im Wahlkampf hingegen wenig die Rede. Die 54,7 Prozent, die im Verfassungsreferendum vom 29. Mai 2005 gegen die Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa (VVE) gestimmt haben, wiegen schwer.³ Die Tiefenwirkung der polarisierenden Verfassungsdebatte und der Ablehnung des von Frankreich aktiv vorangetriebenen Vertragswerks waren im Präsidentschaftswahlkampf allenthalben zu spüren.

Dies zeigt sich zunächst am eher geringen Stellenwert europapolitischer Debatten im Wahlkampf.⁴ Europa, so der französische EU-Kommissar Jacques Barrot, sei "das große

1 Joachim Schild ist Professor für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Trier und Geschäftsführer (Wissenschaft und Forschung) der Europäischen Akademie Otzenhausen gGmbH; Julia Simon ist studentische Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Joachim Schild und hat die Synopse im Anhang bearbeitet.

2 Eine gekürzte, frühere Fassung dieser Studie wurde unter dem Titel: „Europa als Sündenbock. Europapolitik im Präsidentschaftswahlkampf“ in der Zeitschrift Dokumente veröffentlicht (Nr. 2/2007, abrufbar unter: http://www.zeitschrift-dokumente.de/downloads/artikel/art_15022007.pdf).

3 Vgl. hierzu: Joachim Schild: Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, In: Integration, 28. Jg., H. 3/2005, S. 187-200.

4 Vgl. hierzu: Franziska Brantner/Anja Thomas: Europapolitik – kein vorrangiges Thema im französischen Wahlkampf, in: Integration, Nr. 1/2007, S. 25-35.

vergessene Thema" im Präsidentschaftswahlkampf.⁵ Nun gelten außen- und europapolitische Themen ohnehin nicht als Wahlkampfschlager. Aber eine Strategie der Dethematisierung ist dort besonders verlockend, wo Kandidaten auf der Suche nach politischen Mehrheiten die Lagergrenzen der Verfassungsbefürworter und -gegner, der Europaskeptiker und -anhänger zu überbrücken versuchen. Dieses Problem stellte sich vor allem auf der politischen Linken, wo Ségolène Royal eine europapolitisch zerrissene Partei und Anhängerschaft zu integrieren hatte. So ist es auch wenig verwunderlich, dass vor allem in ihrem Wahlkampf Europa eine nachrangige Bedeutung besaß und ihre programmatischen Aussagen vielfach unscharf blieben. Im Hinblick auf den Umgang mit dem Beitrittsprozess der Türkei verweigert sie gar jegliche Positionsbestimmung. Ihre Haltung sei die des französischen Volkes, so Ségolène Royal. In der Tat muss die Bevölkerung laut Art. 88-5 der Französischen Verfassung zukünftige Beitritte zur Europäischen Union per Referendum ratifizieren. Über das in dieser Haltung zum Ausdruck kommende Verständnis von politischer Führung in einer zentralen Zukunftsfrage der Europäischen Union zeigten sich auch viele sozialistische Parteifreunde ratlos.

Wo die europäische Integration jedoch zum Wahlkampfgegenstand wurde, waren in den vergangenen Monaten vielfach populistische Töne aus Frankreich zu vernehmen. Dies gilt keineswegs nur für europaskeptische Kandidaten des linken und vor allem des rechten Randes. Vielmehr waren es die auf eine europaskeptischer gewordene (oder als solche wahrgenommene) französische Öffentlichkeit gemünzten Äußerungen der Spitzenkandidaten der rechten und linken Mitte, Nicolas Sarkozy (UMP) und Ségolène Royal (PS), die im Ausland aufhorchen ließen – nicht zuletzt in Deutschland. Wie schon in den vergangenen Jahren vielfach zu beobachten, wurde die EU nicht selten zum Sündenbock für Defizite gemacht, die in erster Linie die hausgemachten Folgen mangelnder innerer Reformbereitschaft sind: Wachstumsschwäche, Arbeitsmarktprobleme und wachsende Außenhandelsdefizite.

Einzig der "dritte Mann" im Rennen um die Präsidentschaft, der Zentrist François Bayrou (UDF), der mit 18,6 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang mehr als nur einen Achtungserfolg erzielen konnte, machte hier eine Ausnahme. Ein klares proeuropäisches Bekenntnis gehörte und gehört stets zum Markenzeichen des politischen Zentrismus.

5 Vgl. FT.com, 4.3.2007: "French candidates warned on approach to EU", in: http://www.ft.com/cms/s/c59c140e-ca74-11db-820b-000b5df10621,dwp_uuid=62398742-53ce-11db-8a2a-0000779e2340.html. Diese und folgende Übersetzungen aus dem Englischen und Französischen stammen von den Autoren.

Der weitgehende Verzicht auf "Brüsselschelte" kann geradezu als "Alleinstellungsmerkmal" im Wahlkampf Bayrous betrachtet werden.

EU - ein liberales, ambitions- und grenzenloses Schreckgespenst?

Vergleicht man die Aussagen der beiden für den zweiten Wahlgang qualifizierten Bewerber um das höchste Amt, "Ségo" und "Sarko", sowie diejenigen der sie tragenden Parteien, so springen viele Gemeinsamkeiten der Europarhetorik ins Auge. Insbesondere wird ein tiefes Unbehagen über Zustand und Entwicklungstendenzen der erweiterten EU sichtbar. „Europa darf nicht das trojanische Pferd einer Globalisierung sein, die auf den freien Waren- und Kapitalverkehr reduziert ist, sondern muss seine Völker im Rahmen der Globalisierung schützen“, so der im ersten Wahlgang mit 31 Prozent der Stimmen führende Neogaullist Nicolas Sarkozy in seinem Wahlprogramm.⁶ Er meinte auch, vor der "Religion des absoluten Freihandels" warnen zu müssen.⁷ Die Kritik an einem (neo-)liberalen Markteuropa, das keinen Schutz vor den negativen Folgewirkungen einer ungebremsten Globalisierung bietet und dem ein politischer Wille und ein politisches Projekt fehlten, durchzieht auch die gesamte Wahlkampfrhetorik von "Ségo/Sarko". Das erweiterte Europa hat sich offenbar weit von den europäischen Leitbildern des französischen politischen *mainstreams* entfernt.

In ihren Wahlkampfbeiträgen entsteht das Bild einer EU, die eine ungezügelte und "unloyale" Konkurrenz nicht nur zwischen Unternehmen, sondern auch zwischen Sozialmodellen und Steuersystemen der Mitgliedstaaten befördere; ein Europa, in dem die stabilitätsorientierte Geldpolitik der EZB zu Lasten von Wachstum, Beschäftigung und aufgrund des hohen Außenwerts des Euro zu Lasten der Exportchancen gehe; ein Europa, das die nationale Haushaltspolitik in die Zwangsjacke des Stabilitäts- und Wachstumspakts stecke (Royal) und das starke französische und europäische Unternehmen auf dem Altar einer dogmatisch betriebenen Wettbewerbspolitik opfere (Sarkozy); ein Europa, das den Willen zur außenpolitischen und wirtschaftlichen Selbstbehauptung verloren habe und auf eine selbstbewusste Definition seiner Interessen verzichte; ein Europa schließlich, das durch immer neue Erweiterungsrunden nicht nur seine Handlungsfähig-

6 Nicolas Sarkozy: Mon projet. Ensemble tout devient possible, in: <http://www.sarkozy.fr/download/?lang=fr&mode=programme&filename=monprojet.pdf>; Ähnliche Formulierungen finden sich auch im Wahlprogramm seiner Partei UMP für die Parlamentswahlen: Union pour un mouvement populaire: Contrat de législature 2007-2012, in: <http://viphttp.yacast.net/ump/projet-ump2007.pdf>.

7 Vgl. Le Monde v. 20.12.2006: "Nicolas Sarkozy dénonce 'la capitulation sociale'".

keit, sondern auch das notwendige Mindestmaß an gemeinsamer europäischer Identität verliere.

Konturen einer Europe à la française

Bei allen Nuancen im Detail ähneln sich auch die von Ségolène Royal und Nicolas Sarkozy empfohlenen Richtungsänderungen europäischer Politik in grundsätzlichen Punkten. Die Konturen ihrer *Europe à la française* sehen eine Wirtschaftsregierung ("gouvernement économique") als politisches Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank vor, eine alte französische Forderung seit der Debatte um die Ausgestaltung der Währungsunion im Vertrag von Maastricht. Während Sarkozy auf die Nutzung bestehender Vertragsvorschriften (Art. 111 EGV) pocht, um über die vertraglich garantierte Mitsprache der Regierungen in der Wechselkurspolitik den Außenwert des Euro beeinflussen zu können, will Ségolène Royal gleich die Statuten der Europäischen Zentralbank (EZB) geändert wissen. Neben dem heute an oberster Stelle stehenden Ziel der Geldwertstabilität möchte sie die Förderung von Wachstum und Beschäftigung als gleichrangige Ziele verankern.⁸ Kritik am Euro⁹ und die massive Infragestellung der Unabhängigkeit sowie Stabilitätsorientierung der Europäischen Zentralbank hat diesseits des Rheins zu erheblichen Irritationen geführt und Bundeskanzlerin Merkel zu öffentlichen Warnrufen veranlasst.¹⁰

Wirtschaftlicher Protektionismus gehört ebenfalls zum Arsenal beider Kandidaten. Einträchtig plädieren sie für eine "Gemeinschaftspräferenz"¹¹ und empfehlen den Europäern die merkantilistischen Handelspraktiken der USA zur Nachahmung. Völlig übereinstimmend sehen auch beide die Notwendigkeit einer aktiven Industriepolitik, die die Entstehung "europäischer Champions" befördern sollte, ohne dass die Brüsseler Wettbewerbs-hüter diesen aufgrund ihrer potentiell wettbewerbsgefährdenden Marktstellung Steine in den Weg legen dürften. Wenn ein europäischer Champion in Wahlkampfzeiten aber ins

8 So Punkt 89 in Ségolène Royals 100-Punkte-Programm, s. Pacte présidentiel, in: http://www.desirdsavenir.org/actions/telecharge_pacte.php.

9 "Wir haben den Euro nicht geschaffen, damit es einen Wechselkurs gibt, mit dem man in Europa dann keinen Airbus mehr herstellen kann", so Sarkozy, s. FAZ v. 6.3.2007: "Airbus wird zum Wahlkampf-Thema".

10 Vgl. Interview von Angela Merkel in Le Monde v. 13.1.2007: Angela Merkel: "Le débat sur l'euro en France m'inquiète"; vgl. auch FAZ v. 9.12.2006: "Französische Angriffe auf die Unabhängigkeit".

11 Vgl. Rede Nicolas Sarkozys vom 8.9.2006 in Brüssel bei der Stiftung "Friends of Europe", in: http://www.u-m-p.org/site/index.php/ump/s_informer/discours/fondation_friends_of_europe_amis_de_l_euro_pe_et_la_fondation_robert_schuman_8_septembre_2006_bruxelles_bibliotheque_solvay.

Trudeln gerät, wie derzeit EADS und Airbus, so sitzt dann aber offenbar das nationale Hemd doch näher als der deutsch-französische oder europäische Rock: Sarkozy und Royal haben im Grundsatz übereinstimmend eine Erhöhung der öffentlichen französischen Beteiligung an EADS ins Spiel gebracht, die die deutsch-französische Balance der Anteilseigner zugunsten Frankreichs verschieben würde.¹²

Einem "verwässerten und entpolitisierten" Europa¹³ der ungezügelten Konkurrenz und des „Sozial- und Steuerdumpings“ setzten die beiden für den zweiten Wahlgang qualifizierten Kandidaten die Vorstellung europäischer Harmonisierung entgegen, in erster Linie Schritte der Steuerharmonisierung auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung und, besonders von Ségolène Royal betont, die Harmonisierung von sozialregulativen Standards in der erweiterten EU. Sie brachte den von Sozialisten seit Jahren propagierten "europäischen Sozialpakt" erneut ins Spiel und forderte europäische soziale Konvergenzkriterien in den Bereichen der Löhne, der Arbeitsbedingungen, der Gesundheitsvorschriften am Arbeitsplatz und der Gleichstellung von Frauen und Männern.¹⁴ Gemeinsam ist den beiden Kandidaten der linken und rechten Mitte, dass sie der Realität eines europäischen Wettbewerbsföderalismus offenbar wenig positive Züge abgewinnen können und auf die ökonomisch-soziale Heterogenität der erweiterten EU mit europäischen rechtlichen Harmonisierungsbestrebungen reagieren.

Unterschiedliche Akzente setzen die beiden Kandidaten im Hinblick auf die Erweiterung der EU, die in der französischen Bevölkerung auf starke Vorbehalte stößt. Frankreich gehörte in den letzten Jahren den Eurobarometer-Umfragen zufolge stets zu der Gruppe der besonders erweiterungskritischen EU-Staaten.¹⁵ Die traditionelle französische Ambition, eine Politische Union zu realisieren, stößt schon in der EU-27 auf große Hindernisse, ganz zu schweigen von einer zukünftigen EU mit deutlich über 30 Mitgliedern. Nicolas Sarkozy sah sich veranlasst, in Form eines Junktims die institutionelle Vertiefung der EU zur Voraussetzung für die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses zu machen¹⁶. Ségolène Royal hingegen vermied eine klare Positionierung in Erweiterungsfragen. Sie machte aber deutlich, dass eine Erweiterung in naher Zukunft auf die aktuellen Kandida-

12 Vgl. Fußnote 9.

13 Rede Nicolas Sarkozys in Straßburg, 21.2.2007, in: http://www.u-m-p.org/site/index.php/ump/s_informer/discours/je_veux_que_l_europe_change.

14 Eine Übersicht über der eher dünn gesäten europapolitischen Äußerungen von Ségolène Royal findet sich unter: Ce que j'ai dit sur l'Europe, in: http://www.desirsdavenir.org/actions/generate_pdf.php?id=205.

15 Vgl. TNS Opinion & Social: Special Eurobarometer 255 / Wave 65.2: Attitudes towards European Union enlargement, in: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_255_en.pdf.

16 Vgl. Rede Nicolas Sarkozys vom 8.9.2006 in Brüssel bei der Stiftung "Friends of Europe", s. Fußnote 11.

tenländer zu begrenzen sei, deren Beitritt an die Erfüllung anspruchsvoller Kriterien zu knüpfen sei. Die erweiterte EU benötige ein steigendes Budget, und die Sozialistin Royal zeigte sich bereit, anlässlich der Halbzeitüberprüfung der mittelfristigen Finanzplanung der EU („finanzielle Vorausschau“) die Gemeinsame Agrarpolitik gemeinsam mit dem britischen Beitragsrabatt auf den Prüfstand zu stellen.¹⁷ Sarkozy hat seinen Wählern die Verteidigung dieser kostenintensivsten EU-Politik versprochen.¹⁸ Angesichts der engen Bindung der Neogaullisten an die Wählergruppe der Landwirte ist auf diesem wichtigen Politikfeld demnach eher Kontinuität denn beherzte Reformen zu erwarten.

Auffällig ist auch, dass zwar Formen differenzierter Integration im Rahmen von Teilgruppen von Mitgliedstaaten von Sarkozy – mit weniger Nachdruck auch von Ségolène Royal – als probates Mittel der Integrationsvertiefung in der erweiterten EU betont werden; ein deutsch-französischer Kern oder auch nur eine besonders herausgehobene deutsch-französische Rolle in der zukünftigen EU wird jedoch weder von Sarkozy noch von Royal betont. Allerdings kündigten beide an, dass ihre erste Auslandsreise sie nach Berlin führen würde.¹⁹ Angesichts der Ende Juni stattfindenden EU-Verhandlungen unter deutscher Ratspräsidentschaft über den Fortgang der europäischen Vertragsreformen wäre eine andere Wahl ohnehin nur schwer vorstellbar gewesen.

Neben diesen zahlreichen und vielfach grundsätzlichen Gemeinsamkeiten zwischen den Kandidaten gibt es durchaus viele Unterschiede in den einzelnen Vorschlägen. So betont Ségolène Royal mit Blick auf ökologische Sensibilitäten auf der politischen Linken Umweltaspekte der Europapolitik stärker. Sie schlägt ein europäisches Investitionsprogramm zugunsten erneuerbarer Energien sowie auf europäischer Ebene zu beschließende steuerliche Anreize zu ihrer Förderung sowie zugunsten der Energieeinsparung vor und sprach sich zugunsten einer umweltschonenden Umorientierung der Gemeinsamen Agrarpolitik aus.²⁰ Nicolas Sarkozy versprach hingegen mit Blick auf potentielle Le Pen-Wähler die Verbesserung der grenzüberschreitenden Polizeikooperation und Einwanderungskontrolle.

17 Vgl. die Pressekonferenz von Ségolène Royal vom 11. Oktober 2006 in der Nationalversammlung, in: <http://www.desirsdavenir.org/index.php?c=interventions&id=191>.

18 S. Fn. 6.

19 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20.4.2007, S. 10: „Als Erstes nach Berlin“.

20 S. Fn. 17.

Der Umgang mit der Verfassungs- und Ratifizierungskrise

Deutliche – und für den weiteren Gang der europäischen Politik potentiell sehr folgenreiche – Unterschiede sind insbesondere in der Verfassungsfrage zu erkennen. Einigkeit herrscht darin, dass der Verfassungsvertrag in seiner vorliegenden Form obsolet ist und den Franzosen kein zweites Mal zur Abstimmung vorgelegt werden kann. Einigkeit herrscht weiterhin darüber, dass ein im Wesentlichen auf konsensfähige institutionelle Kernfragen konzentrierter Vertrag notwendig ist. Während Sarkozy aber einen solchen "Minivertrag"²¹ – inzwischen spricht er von einem „vereinfachten Vertrag“ – rasch zwischen den Regierungen der EU-Staaten aushandeln und im parlamentarischen Ratifizierungsverfahren verabschieden möchte, sprach sich Ségolène Royal für eine erneute Ratifizierung eines veränderten Vertragswerks per Referendum aus. Neben dem Kern einer Institutionenreform plädierte sie für ein Protokoll zum Reformvertrag, der auch nicht mehr den symbolträchtigen Titel „Verfassung“ tragen soll. Dieses Protokoll solle neue Politikbereiche, „sozialen Fortschritt“, öffentliche Dienstleistungen und Umweltthemen enthalten, und der reformierte Vertrag soll bis spätestens zur Europawahl 2009 ratifiziert sein.²² Nur wenn Fortschritte auf den genannten Gebieten zu verzeichnen seien, könne eine Präsidentin Royal die Franzosen erneut per Referendum über die Ratifizierung entscheiden lassen. Eine erfolgreiche Neuverhandlung vorausgesetzt, riskierte eine Präsidentin Royal somit im Falle einer neuerlichen Ablehnung durch das französische Volk, ihre Präsidentschaft innen- und europapolitisch mit einer schweren Hypothek zu belasten. In diesem Falle wären alle Bemühungen um eine Vertragsreform auf Jahre hinaus völlig blockiert.

Die anfänglich nicht zuletzt von der Bundesregierung abgelehnte Idee eines auf institutionelle Kernfragen reduzierten „vereinfachten Vertrags“ hat inzwischen viele Anhänger in Europa gefunden, auch in Deutschland. Er würde Risiken minimieren, da er in den meisten EU-Staaten eine parlamentarische Ratifizierung erlaubte. Die Forderungen nach umfassenderen inhaltlichen Neuverhandlungen, wie sie Ségolène Royal zuletzt äußerte, dürften hingegen die Relance des Verfassungsprozesses erheblich erschweren und dürften die Zeitpläne Angela Merkels am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft in Frage stellen. Was jedoch schwerer wiegt: eine Präsidentin Royal droht bei einem solchen

21 Vgl. seine Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin v. 16.2.2006, in: www.u-m-p.org/site/index.php/ump/s_informer/discours/deplacement_de_nicolas_sarkozy_a_berlin_le_16_fevrier_2006.

22 Vgl. das Interview von Ségolène Royal in Le Monde v. 6.3.2007: "Ségolène Royal: 'Je ne dois rien à personne si ce n'est au peuple français'", in: http://www.desirdsavenir.org/index.php?c=sinformer_discours&id=1112.

Vorgehen innenpolitisch zur Gefangenen der von ihr auf der politischen Linken damit geweckten hohen Erwartungen zu werden. Aus diesem Grund stoßen sie auch in Berliner Regierungskreisen auf breite Skepsis.²³

Übereinstimmung besteht zwischen den beiden im zweiten Wahlgang vertretenen Bewerbern, dass nicht eine großer, umfassender Verfassungsentwurf, sondern konkrete europäische Projekte – von der Forschungs-, Energie- über die Justiz- und Innenpolitik, der Terrorismusabwehr bis zur Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit – die notwendigen Impulse zur Überwindung der tief sitzenden europäischen Malaise liefern kann: die klassische Monnet-Methode der kleinen Schritte statt föderalistischer Sprünge.

Französische Wünsche und europäische Realitäten

Schon heute ist absehbar, dass sich Kernpunkte des europolitischen Programms der beiden verbliebenen Kandidaten für den zweiten Wahlgang nicht verwirklichen lassen. Die Wahrnehmung, dass die erweiterte EU wirtschaftspolitisch liberaler, außenpolitisch atlantischer und europapolitisch weniger ambitioniert ist, hat ja durchaus ihren Realitätsgehalt. Dies lässt sich aber nicht dadurch ändern, dass man aus dem französischen "Schmollwinkel"²⁴ heraus europapolitische Forderungen artikuliert, die auf europäischer Ebene keinerlei Realisierungschancen besitzen. Es ist unschwer vorhersehbar, dass eine europäische Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung, eine europäisch verordnete Angleichung von Sozialstandards, europäische Mindestlöhne oder eine Änderung der vertraglichen Festlegung der EZB auf das vorrangige Ziel der Preisstabilität im Kreise der 27 EU-Regierungen nicht durchzusetzen sein werden. Europapolitik im Wahlkampf ist Innenpolitik. Ein europapolitisch tragfähiges Konzept, das der zukünftigen Präsidentin oder dem zukünftigen Präsidenten dabei hülfe, Frankreich aus der europapolitischen Defensive herauszuführen und den Grundstein für die Erneuerung französischer Führungsansprüche in der EU zu legen, ist derzeit nicht erkennbar.

In dem Maße, wie im Wahlkampf die Fallhöhe zwischen europäischen Realitäten und französischen normativen Leitbildern für die Zukunft der EU in teilweise grellen Farben dargestellt wird, dürfte das weitverbreitete Unbehagen an der Entwicklung der Europäischen Union in Frankreich weiter zunehmen. Dieses ist ja längst nicht mehr auf das La-

23 Vgl. Le Monde v. 7.3.2007: "Le traité Sarkozy face au référendum de Royal".

24 So Ulrike Guérot: Alors viens, Marianne! Deutschland muss Frankreich europapolitisch aus der Schmollecke holen", in: Internationale Politik, Januar 2007, S. 39-45.

ger der Europaskeptiker begrenzt; die Malaise ist auch in den Reihen der überzeugten "Herzenseuropäer" auszumachen, die ihre politischen Träume eines *Europe à la française*²⁵ an den Realitäten einer sich scheinbar endlos erweiternden EU zerschellen sehen.²⁶

Unabhängig davon, ob der zukünftige Präsident Sarkozy oder Royal heißen wird, liegt hierin ein Grundproblem französischer Europapolitik für die nächsten Jahre. In dem Maße, wie sich viele Franzosen in der erweiterten und damit transformierten EU nicht mehr "zu Hause" fühlen, in dem Maße wie die EU nicht mehr als eine Art "erweitertes Frankreich" interpretiert werden kann, droht die innergesellschaftliche und innenpolitische Unterstützung einer aktiven europapolitischen Rolle Frankreichs zu erodieren. Es gehört eine politische wie intellektuelle Kraftanstrengung während der kommenden Präsidentschaft dazu, eine im Innern aufgrund der politischen und sozialen Krisen der letzten Jahre und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit tief verunsicherte Republik mit Europa zu versöhnen und Frankreich den gewohnten Platz als europäische Führungsmacht auch für die Zukunft zu garantieren. Der Wahlkampf hat noch nicht erkennen lassen, auf welchen Wegen dieses Ziel zu erreichen wäre.

25 Vgl. hierzu auch: Steven Philip Kramer: La fin de l'Europe française?, in: *Politique étrangère*, Nr. 3/2006, S. 649-661.

26 Vgl. hierzu die luzide Analyse von Christian Lequesne: Sur les craintes françaises d'une Europe espace, in: *Esprit*, Februar 2006, S. 28-35; vgl. auch den Beitrag von Premierminister Dominique Villepin: Europa braucht klare Grenzen, in: *Europäische Rundschau*, Winter 2006, S. 15-23.

*Synopse europapolitischer Positionen und Aussagen der Präsidentschaftskandidaten **Ségolène Royal** (PS) sowie **Nicolas Sarkozy** (UMP).*

(Die Quellen der wörtlichen Zitate sind in der Literaturliste verzeichnet und können anhand der römischen Ziffern hinter den Zitaten zugeordnet werden.)

	<u>Ségolène Royal (PS)</u>	<u>Nicolas Sarkozy (UMP)</u>
Zukunft des Verfassungs- vertrages der EU	<ul style="list-style-type: none"> • Keine erneute Abstimmung über europäischen Verfassungsvertrag in der Form, in der er abgelehnt worden ist („<i>Le traité est caduc.</i>“(ii)/ „...<i>(il) n’est pas mort, c’est trop défaitiste</i>“(xxiii)) • Ablehnung eines „Mini-Vertrages“, wie von Sarkozy vorgeschlagen • Vorschlag: « <i>lancer un débat sous la présidence allemande</i> », aus der unter französischer Präsidentschaft 2008 eine „<i>nouvelle Convention chargée de rédiger un projet constitutionnel</i>“(iii) hervorgehen soll; offene Debatte über die Ziele der Union notwendig • Befürwortung eines „<i>l’Europe par la preuve</i>“(ii), um Bedingungen für erfolgreiche Ratifizierung eines veränderten Vertrags herzustellen • Ratifikation durch ein erneutes Referendum 2009 in Frankreich, unter der Voraussetzung vorheriger sichtbarer praktischer Fortschritte in Bereichen wie Sozialpolitik, Energie und Forschungspolitik und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (xxxiv) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein Festhalten am gescheiterten europäischen Verfassungsvertrag • Vorschlag: „<i>mini-traité</i>“ (xxii) mit weitgehend unstrittigen institutionellen Reformen („<i>Permettre à l’Europe de redémarrer en adoptant un traité limité aux questions institutionnelles.</i>“(i)) • Zeitplan: Verabschiedung während deutscher Ratspräsidentschaft 2007, Ratifikation 2008 (frz. Präsidentschaft) durch die Parlamente; kein neues Referendum

	<u>Ségolène Royal (PS)</u>	<u>Nicolas Sarkozy (UMP)</u>
EZB-Kritik / Gouvernement économique	<ul style="list-style-type: none"> • möchte EZB reformieren (<i>„ il n'est pas sain qu'elle ait pour seul objectif la maîtrise de l'inflation et non la croissance" (iii)</i>) • Einrichten einer „<i>pilotage politique</i>" (iii) • Ziel der EZB neben Inflationsbeherrschung gleichfalls <i>„la croissance et donc le progrès social"</i> • dazu notwendig: <i>„un élargissement de son statut" (ix)</i> • Unabhängigkeit der EZB nicht (?) in Frage gestellt, aber keine alleinige Entscheidungsbefugnisse (<i>„pas la laisser exercer une omnipotence" (ix)</i>) • Wirtschaftspolitik soll mehr koordiniert werden: <i>"Le gouvernement économique européen doit être beaucoup plus actif." (ix)</i> (politische Entscheidungen für die europäische Wirtschaft notwendig) • EZB den Entscheidungen der Eurogruppe (Finanzminister der Eurogruppe) bzw. auch der des Europäischen Rates unterordnen • Kritik an sechster Erhöhung des Leitzinses innerhalb eines Jahres(2006) durch EZB → Befürchtungen, dass weitere Zinserhöhungen den Wirtschaftsaufschwung in Europa schwächen könnten (<i>"Ce n'est plus à M. Trichet de décider de l'avenir de nos économies, c'est aux dirigeants démocratiquement élus." (viii)</i>) 	<ul style="list-style-type: none"> • Eurogruppe soll <i>un véritable « gouvernement économique européen »</i> werden, <i>"capable de décisions crédibles et susceptible d'engager un dialogue efficace avec la Banque centrale européenne"</i> (vi) • mehr Transparenz der EZB; Funktionieren sollte verbessert werden (<i>"faire de la Banque centrale européenne un organisme plus transparent au service de la stabilité et de la croissance"</i>(vi)) • Verstärken der Rolle der Politik in der <i>„pilotage économique de la zone Euro"</i> (vii) • Eurozone braucht von den Mitgliedstaaten und der EZB bestimmte Wechselkurspolitik • Einrichtung eines <i>"gouvernement économique de l'Europe"</i> zur Koordination der Wirtschaftspolitik (i)
Soziales Europa / soziale Mindeststandards	<ul style="list-style-type: none"> • Mindestsozialstandards in allen Mitgliedstaaten; Katalog von Kriterien (<i>„critères de convergence sociale" (x)</i>), um Entwicklung bei Löhnen, Arbeitsbedingungen, Gleichberechtigung, Zugang zu Bildung und Gesundheit am Arbeitsplatz dokumentieren zu können • <i>Mindestlöhne („un salaire social minimum") (ix)</i> • kein Wettbewerb zwischen Mitgliedstaaten bzgl. Steuergesetzgebung, Sozialstandards etc. • <i>„Traité social, pour harmoniser par le haut les droits sociaux dans l'Union et une directive cadre sur les services d'intérêt général garantissant le développement des services publics en Europe" (xi)</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>"Une politique sociale, c'est d'abord une politique économique efficace." (xxvii).</i> • Aussetzen der Vergabe der europäischen Strukturfondsmittel an Länder, <i>„qui pratiquent le dumping social, fiscal ou environnemental." (i)</i> • Harmonisierung im Bereich des Sozialen und der Steuern (<i>„Nous demanderons que le rôle des services publics dans l'équilibre économique et social des pays européens qui le souhaitent soit reconnu et préservé." (i)</i>)

	<u>Ségolène Royal (PS)</u>	<u>Nicolas Sarkozy (UMP)</u>
Delokalisierung von Unternehmen	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmen, die ihren Standort verlagern, sollen europäische Hilfen zurückzahlen; Rückerstattung von öffentlichen Hilfen, wenn Unternehmen in außereuropäische Staaten umsiedeln (ii) • Befürwortung von "sozialen Konvergenzkriterien" für EU-Mitgliedstaaten (ii) • Instrumente schaffen, die die europäische Industrie besser schützen insbesondere gegen die außereuropäische Delokalisierung • Beispiele: Zurückziehen von EU-Hilfe an Unternehmen, die von einem Mitgliedstaat in einen anderen umsiedeln 	<p>Keine genauen Angaben zu diesem Thema im Wahlkampf. *</p> <p>*Stellungnahme von Oktober 2004 unter http://www.premier-ministre.gouv.fr/information/actualites_20/delocalisation_pour_une_politique_51300.html</p>
Energiepolitik	<ul style="list-style-type: none"> • finanzielle Anreize für erneuerbare Energien und Energiesparen schaffen (<i>„...lancer l'Europe des énergies renouvelables: préparer «l'après pétrole» (ii)»</i>) → <i>„... un programme européen d'investissement massif en faveur des énergies renouvelables doit être rapidement élaboré, débattu et mis en œuvre.”</i> (ii) • aktuelle Ereignisse verdeutlichen, welchen Druck einzelne Länder ausüben können → Sicherheit und Vielfalt der Versorgung muss dringend gewährleistet werden, Notwendigkeit der Nutzung des gemeinsamen Gewichts in Verhandlungen mit Produzentenstaaten • création d'une <i>"communauté européenne des énergies et des énergies renouvelables"</i> (xxiv) 	<ul style="list-style-type: none"> • Investitionen in erneuerbare Energien und Biokraftstoffe • unterstützt Nuklearenergie
Haushalt der EU	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung des EU-Budgets auf mehr als die derzeitigen 1% der BIP • deutliche Anhebung des europäischen Haushalts notwendig (mit Priorität im Bereich R&D) wobei weder die Gemeinsame Agrarpolitik noch der britische Beitragsrabatt unantastbar sein dürfen (ii) 	<ul style="list-style-type: none"> • für ambitionierte Reformen des europäischen Haushalts • Vorschlag: zukünftige Finanzierung der EU über europäische statt nationalstaatliche Mittel • Verteidigung der Gemeinsamen Agrarpolitik angekündigt
Landwirtschaftspolitik der EU	<ul style="list-style-type: none"> • Ziel: umweltschonende Landwirtschaft, Stärkung biologischer Landwirtschaft (ii) • Gemeinsame Agrarpolitik bremst die Umweltzerstörung nicht und treibt die Landflucht voran • Vorschlag: Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik hin zu Qualität, Wasserschutz etc. • Regionalisierung von Hilfszahlungen, Verteilung auf mehr Landwirt- 	<ul style="list-style-type: none"> • Verteidigung der EU-Landwirtschaftspolitik

	<u>Ségolène Royal (PS)</u>	<u>Nicolas Sarkozy (UMP)</u>
	schaftsbetriebe (ii)	
Umweltschutz	<ul style="list-style-type: none"> • europäisches Investitionsprogramm zugunsten erneuerbarer Energien und steuerliche Anreize auf europäischer Ebene zugunsten von Energieeffizienzsteigerung und zugunsten erneuerbarer Energien(ii) • Entwicklung weniger verschmutzender Beförderungsmöglichkeiten • Erfüllen der Verpflichtungen Europas bzgl. der Reduktion von Treibhausgasen wie im Kyoto-Protokoll vereinbart • Umweltfreundliche Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik 	Keine genauen Angaben zu diesem Thema im Wahlkampf.
Forschung und Innovation	<ul style="list-style-type: none"> • Forschung als Schlüssel für die Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und für ein dauerhaftes Wachstum (siehe Lissabon-Strategie) • starke Erhöhung des Budgets für die Forschung im nächsten europäischen Haushalt • Vorschlag: „<i>sortie du pacte de stabilité des dépenses de recherches et d'innovations publiques</i>“ (ii) 	Keine genauen Angaben zu diesem Thema im Wahlkampf.

	<u>Ségolène Royal (PS)</u>	<u>Nicolas Sarkozy (UMP)</u>
GASP / ESVP	<ul style="list-style-type: none"> • Frankreich, Deutschland und Belgien könnten mit allen Mitgliedstaaten, die sich anschließen möchten, zum Motor werden „avec l'installation d'une agence de l'armement" (xi) 	<ul style="list-style-type: none"> • Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) <i>"pour donner à l'Union les moyens de ses ambitions sur la scène internationale"</i> (vi) • Ziel: <i>"parler d'une seule voix sur la scène internationale"</i> (vi) • trotz unzweifelhafter Erfolge: <i>"l'action extérieure de l'Union européenne manque encore de visibilité."</i> (vii) daneben: fehlender Konsens in Fragen der GASP als Bremse für einflussreiche Politik. • Forderung: Verstärkung der Instrumente der Gemeinschaft (wie z.B.: <i>"l'agence européenne de l'armement, ou l'Etat-major européen"</i>). (vi) • Ausbau einer <i>"force européenne de protection civile"</i> (vii)
Erweiterung der EU	<ul style="list-style-type: none"> • kein generelles Spannungsverhältnis von Erweiterung und Vertiefung • Glaubwürdigkeit verlangt eine Definition der Grenzen • Erweiterung in naher Zukunft begrenzt auf Überprüfung der aktuellen Kandidatenländer bzgl. der demokratischen, sozialen und ökonomischen Kriterien • ein Referendum für jeden neuen Beitritt zur EU (wie in Art. 88-5 der franz. Verfassung vorgesehen) • Bedingungen für Türkeibeitritt noch nicht erfüllt, aber in 10-15 Jahren denkbar, dann würde Staatschef aufgrund eingegangener Verpflichtungen für Beitritt aussprechen; das Volk hat jedoch die Möglichkeit per Referendum anders zu entscheiden (xxxv) • Strategische Partnerschaft als Angebot an die Nachbarstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterungsprozess aussetzen (<i>"A l'exception de la Roumanie et de la Bulgarie, il ne faut plus accepter de nouvelles adhésions tant que les institutions n'ont pas été réformées."</i> (i)) • eindeutige Kriterien und definitive Festlegung der Außengrenzen (<i>"des critères clairs - à la fois géographiques et culturels - qui permettent d'affirmer qui est européen et qui ne l'est pas"</i> / <i>"distinguer les États qui pourront un jour entrer dans l'Union (Suisse, Norvège, pays des Balkans occidentaux), parce qu'ils sont européens, de ceux composant l'espace euroasiatique et méditerranéen « dont la vocation européenne ne va pas de soi et qui sont des voisins sans être européens »."</i> (iv))

	<u>Ségolène Royal (PS)</u>	<u>Nicolas Sarkozy (UMP)</u>
Differenzierte Integration / Kerngruppenbildung	Teilgruppenbildung in der Außenpolitik, falls Handeln der EU-27 nicht möglich (ii)	<ul style="list-style-type: none"> • die sechs größten MS sollten als "directoire" (xii) Impulse für weitere Integration geben und europäische Politik anregen, die ehrgeiziger ist als die der gesamten Union • „offene Avantgarde“: jeder Staat kann bei Interesse dazukommen (vi) • ein "moteur de proposition et d'action en Europe" von Staaten, die bestimmte Interessen und Herausforderungen teilen (z.B. Terrorismus, illegale Einwanderung) (vi) • „Des coopérations renforcées ou des traités spécifiques doivent permettre aux pays volontaires d'engager des politiques communes particulières répondant à leurs préoccupations" (i) • informelle Strukturen effektiver, da die großen Plenarsitzungen „ne débouchent généralement que sur la proclamation de grands principes..." (vi) • dagegen, dass MS, die sich stärker integrieren wollten, sich von einigen wenigen Gegnern/von einem einzigen MS, bremsen lassen müssten (Bsp: Harmonisierung der Unternehmenssteuern) (xiii) • ähnlich dem «Euro-Klub» sollten auch auf anderen Gebieten Gruppen mit je nach Thema «unterschiedlicher Geometrie» möglich sein (xiii)
Deutsch-französische Beziehungen	<ul style="list-style-type: none"> • "Ma volonté la plus profonde, c'est de rendre au couple franco-allemand la force d'initiative qu'il a perdue en Europe." (xxviii) 	<ul style="list-style-type: none"> • „moteur franco-allemand“(vi): neue Gegebenheiten in der EU → Erweiterung, ökonomische Probleme beider Staaten etc. führten zur Verkleinerung ihres Gewichtes der in den Institutionen ("...le couple franco-allemand doit être repensé sur la base de l'Union européenne élargie.") (vi)

Quellen:

- (i) Wahlprogramm der UMP: „Contrat de législature 2007-2012“
(<http://viphttp.yacast.net/ump/projet-ump2007.pdf>) (letzter Abruf: 15.03.2007)
- (ii) „L’Europe par la preuve (avec les 7 propositions)“ Conférence de presse de Ségolène Royal à l’Assemblée Nationale 11.10.2006.
(www.desirdavenir.org/index.php?C=interventions&id=191)(letzter Abruf: 03.01.2007)
- (iii) Lévy, Myriam: “Turquie dans l’Europe: Royal ni pour ni contre”.
In: Le Figaro.Onlineausgabe. 12.10.2006. (www.lefigaro.fr) (letzter Abruf: 03.01.2007)
- (iv) Lequesne, Christian: „Quelle Union européenne pour le futur hôte de l’Elysée?“ In: Le Figaro. Onlineausgabe. 02.01.2007
(www.lefigaro.fr/english/20070103.WWW000000288_what_kind_of_eu_for_future_elysee_leader.html) (letzter Abruf: 03.01.2007)
- (v) Stellungnahme der UMP zu Thema Türkeibeitritt zur EU
(www.u-m-p.org/site/index.php/ump/debattre/dossiers/europe/turquie_non_a_l_adhesion_oui_au_partenariat_privilegie) (letzter Abruf: 28.03.2007)
- (vi) La Direction des études de l’UMP (Mignon, Emmanuelle/Veyrier, Julien et.al.): „Une vision, de l’action, des frontières: notre projet pour l’Europe“
(http://www.conventionsump.org/site/upload_fichier/dossiers_conventions/dossier_europe.pdf) (letzter Abruf: 15.03.2007)
- (vii) Intervention de M. Nicolas Sarkozy devant *Amis de l’Europe*, 8.12.2006 in Brüssel.
- (viii) “Royal: ‘Ce n’est plus à Trichet de décider’ ” 8.12.2006. Reuters Nachrichtendienst.
(http://tempsreel.nouvelobs.com/actualites/politique/20061207_OBS1930/segolene_royal_ce_nest_plus_a_m_tricher_de_decider.html)
(letzter Abruf: 18.01.2007)
- (ix) Rencontre avec Jean-Claude Juncker“ 17.01.2007. Aktuelle Informationen von Ségolène Royal in ihrem Internetforum.
(<http://www.desirdavenir.org/index.php?c=actualites&actu=622>) (letzter Abruf: 18.01.2007)
- (x) „Die europäische Vision Ségolène Royals“ 12.10.2006
(www.euractiv.com/de/wahlen/europaische-vision-segolene-royals/article-158742) (letzter Abruf: 14.03.2007)
- (xi) „Réussir ensemble le changement. Le projet socialiste pour la France“ 1.07.2006.
(<http://ps92villeneuve.free.fr/projet%20PS%20du%207%20juin%202006.pdf>) (letzter Abruf: 19.01.2007)
- (xii) “Les enjeux européens dans les prémices de la campagne électorale française”.
30.06.2006.
(<http://www.euractiv.com/fr/avenir-europe/enjeux-europeens-premices-campagne-electorale-francaise/article-156488>) (letzter Abruf: 14.03.2007)
- (xiii) „Klares Bekenntnis Sarkozys zur EU“ 9.09.2006 Neue Zürcher Zeitung.Onlineausgabe.
(<http://www.nzz.ch/2006/09/09/al/articleEGKSN.html>) (letzter Abruf: 15.02.2007)
- (xiv) Gas, Valérie: „Sarkozy veut choisir les immigrés“.12.07.2006
(www.rfi.fr/actufr/articles/067/article_3744) (letzter Abruf: 19.01.2007)
- (xv) “Sarkozys Pläne im Überblick“ In: Der Standard: 20.01.2007
(http://derstandard.at/?url=?id=2697810%26sap-2%26_pid=5746832) (letzter Abruf: 15.02.2007)
- (xvi) de Bresson, Henri/Rivais, Rafaele: “Royal et Sarkozy tendent d’éviter un conflit avec Berlin“. In: Le Monde. Onlineausgabe:18.01.2007.
- (xvii) “M. Sarkozy propose un “mini traité”, une nouvelle convention et un “Non” à la Turquie“.11.09.2006. (<http://www.euractiv.com/fr/avenir-europe/sarkozy-propose-mini-traite-nouvelle-convention-turquie/article-157680>) (letzter Abruf: 15.02.2007)

- (xviii) Intervention de M. Nicolas Sarkozy (...) devant la Fondation Konrad Adenauer et la Société allemande de Politique étrangère (DGAP) 16.02.2006 Herausgegeben von der französischen Botschaft in Berlin.
- (xix) Discours de Nicolas Sarkozy, Ministre d'Etat, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire. 18.01.2007. Plateau de Saclay – Ecole Supélec.
- (xx) „Mes combats pour la France. 2007 une année décisive pour les français.“ Parti Socialiste / Ségolène Royal. 5.01.2007
- (xxi) „EU braucht Gegenpol zur EZB“ in FAZ: 11.11.2006. S.8.
- (xxii) de Bresson, Henri: „Mme Royal se démarque de M. Sarkozy sur l'Europe. In: Le Monde: 15.09.2006. S.8.
- (xxiii) Mandraud, Isabelle: „Pour relancer l'UE, Ségolène Royal prône une 'Europe par la preuve'“. In: Le Monde: 13.10.2006. S.9.
- (xxiv) Mandraud, Isabelle: „Ségolène Royal revendique 'la crédibilité' sur l'écologie“. In: Le Monde: 14.12.2006. S.9.
- (xxv) „Französische Angriffe auf die Unabhängigkeit“. In: FAZ: 9.12.2006. S.24.
- (xxvi) Hamon, Benoît: „Que faire la Banque centrale européenne?“. 8.01.2007 (www.lesechos.fr/imprimer.php) (letzter Abruf: 08.01.2007)
- (xxvii) „Une politique sociale, c'est d'abord une politique économique efficace“. Interview de Pierre Méhaignerie (Secrétaire général de l'UMP). In : Le Figaro. Onlineausgabe: 14.12.2006.
- (xxviii) „Ségolène Royal veut rendre sa force au couple franco-allemand“. In: L'Express. Onlineausgabe: 05.03.2007. (<http://www.lexpress.fr/info/infojour/reuters.asp?id=38878>) (letzter Abruf: 10.03.2007)
- (xxix) „Le programme d'action de François Bayrou“ (abrufbar unter: <http://www.bayrou.fr/propositions/>) (letzter Abruf am 26.03.2007)
- (xxx) „La France ensemble“. Programme électorale de l'UDF 2007. (http://www.udf.org/Legislatives_2007/avant-projet.pdf) (letzter Abruf: 27.03.2007)
- (xxxi) „Traité de l'Union européenne – Bayrou 2007“. Pressekonferenz in Straßbourg. 12.02.2007. (<http://www.bayrou.fr/evenements/bayrou-conference-de-presse-straßbourg-120207.html>) (letzter Abruf: 26.03.2007)
- (xxxii) „François Bayrou: L'Europe est une proposition pour le reste du monde“. Rede in Brüssel 8.03.2007. (<http://www.bayrou.fr/discours/bayrou-bruxelles-080307.html>) (letzter Abruf: 27.03.2007)
- (xxxiii) „Le pacte présidentiel“ de Ségolène Royal. (abrufbar unter: <http://www.presidentielle-2007.net/actualite/index.php/2007/02/11/107-le-pacte-presidentiel-de-segolene-royal>) (letzter Abruf: 2.04.2007)
- (xxxiv) Interview von Ségolène Royal in Le Monde v. 6.3.2007 : "Ségolène Royal : 'Je ne dois rien à personne si ce n'est au peuple français'", (http://www.desirsdavenir.org/index.php?c=sinformer_discours&id=1112) (letzter Abruf: 23.4.2007).
- (xxxv) Stellungnahme Ségolène Royals im Rahmen der 3. internen Debatte des Parti socialiste zur Auswahl des Präsidentschaftskandidaten, 7.11.2006, LCI/Public Senat, in: <http://www.touteleurope.fr/fr/observatoire-europe/leurope-dans-la-campagne-presidentielle/segolene-royal.html>.